

Zeitenwende für Europas Industrie – Leitlinien für eine zukunftsgerichtete europäische Industriestrategie

Auf einen Blick:

- Die EU braucht eine **umfassende Standort- und Resilienzstrategie**, um auf die neuen Herausforderungen im globalen Wettbewerb gemeinsam zu reagieren und Europas Industrie stark für die Zukunft aufzustellen.
- **Außenhandel** bleibt wichtige Grundlage unseres Wohlstands – nicht Protektionismus. Ein freier und gerechter Welthandel benötigt aber **WTO-Regeln auf Höhe der Zeit**.
- Für die Transformation brauchen wir neue, auf gemeinsamen Werten basierende **Rohstoffpartnerschaften und Handelsabkommen**.
- **Das EU-Beihilferecht braucht ein Update**, um besser auf die Herausforderungen im globalen Wettbewerb ausgerichtet zu sein und stärkere Anreize für große Transformations- und Zukunftsinvestitionen zu geben. Wir erwarten, dass die EU-Kommission sehr zeitnah einen Vorschlag vorlegt.
- Elementare Voraussetzung für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas sind **tragfähige Energiepreise**. Dafür muss vor allem der **Ausbau der erneuerbaren Energien** europaweit weiter hochgefahren werden. In einer Übergangszeit müssen weitere preisdämpfende Maßnahmen greifen – durch **Reformen beim Strommarktdesign** oder über einen **Industriestrompreis**.
- Wir brauchen eine **europäische Industrie-Investitionsoffensive** mit besonderem Fokus auf Zukunftstechnologien, den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Förderung industrieller Innovationen. **Zusätzliche gemeinsame Finanzierungsinstrumente** sind dafür konstruktiv zu prüfen.
- Der **gemeinsame europäische Binnenmarkt** ist ein elementarer Faktor für Europas Wohlstand und globale Wettbewerbsfähigkeit. Wir streben eine schnelle und **kräftige Vertiefung der Banken- und Kapitalmarktunion** an, um ihn auszubauen.

Nach der Wirtschafts- und Finanzkrise vor 15 Jahren und dem sich anschließenden Jahrzehnt robusten Wachstums, haben die multiplen Krisen der vergangenen Jahre sowie der sich beschleunigende Klimawandel eindeutig gezeigt: Die Wirtschaft in Deutschland und Europa steht vor historischen Herausforderungen.

Hinzu kommt: Die EU gehört zwar neben den USA und China zu den größten Wirtschaftsräumen der Welt, nutzt aber seine darin liegenden Möglichkeiten noch nicht genügend aus. Eine europäische Industriepolitik muss daher vor allem zum Ziel haben, die gemeinsamen Potentiale im europäischen Binnenmarkt zu nutzen, um den Industriestandort Europa zu stärken. Dazu braucht die EU auch eine gemeinsame Strategie im Umgang mit den Mitbewerbern auf dem Weltmarkt.

Wir wollen wirtschaftliche Abhängigkeiten von autokratischen Ländern reduzieren, europäische Souveränität stärken, die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen steigern und damit gute Arbeitsplätze in Europa sichern. Darüber hinaus gilt es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Europa zum langfristigen Vorreiter in der nachhaltigen und digitalen Transformation der Wirtschaft machen. Eine europäische Industriestrategie für die 20er-Jahre muss dafür Sorge tragen, dass diese Ziele gemeinsam gedacht und umgesetzt werden, dass wir gute Arbeitsplätze mit fairen Arbeitsbedingungen in Europa schaffen und dass wir den Wohlstand in Europa sichern und ausbauen. Zugleich wird die EU ein verlässlicher und fairer Partner in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen bleiben.

Von einer breiten industriellen Basis in der Europäischen Union profitieren nicht nur die Mitgliedstaaten, in denen die entsprechenden Unternehmen vorzugsweise angesiedelt sind. Die Verzahnung der Volkswirtschaften durch Arbeitsteilung, durch Waren- und Dienstleistungsaustausch im Binnenmarkt und durch die Investitionsverflechtungen führt dazu, dass alle Mitgliedstaaten Vorteile von einer starken Zukunft des Industriestandortes EU haben werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich für eine europäische Industriestrategie stark machen, die sich an folgenden Leitlinien orientiert:

- **Eine europäische Industriepolitik muss international gedacht und eingebettet werden.** Die Industrie in Europa ist in besonderem Maße auf weltweite Absatzmärkte ebenso wie auf Rohstofflieferungen angewiesen. Der größte Teil des europäischen Außenhandels findet im Rahmen der WTO-Regeln statt. Dieser Außenhandel bleibt wichtige Grundlage unseres Wohlstandes. Wir wenden uns gegen Protektionismus und wollen auch künftig freien und fairen Welthandel ermöglichen und fördern. Dazu wollen wir im Rahmen der WTO die Regeln des globalen Handels reformieren. Dabei stehen für uns die Erneuerung der Regeln zu marktverzerrenden Subventionen, die Aufhebung der Blockade bei dem Streitbeilegungsmechanismus und eine Ausrichtung am Pariser Klima-Abkommen sowie den Globalen Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen im Mittelpunkt.

Der von Bundeskanzler Olaf Scholz initiierte Klimaklub kann zudem dazu beitragen, die internationalen Rahmenbedingungen für die Industriedekarbonisierung zu stärken und die ambitionierten Klimaziele von Paris zu erreichen. Gleichzeitig kann ein solcher Klub dabei mitwirken, die Risiken einer Verlagerung von Unternehmen in Länder mit weniger strengen Klimaauflagen („Carbon Leakage“) zu begrenzen und notwendige gemeinsame Standards für den Handel klimafreundlicher Güter zu entwickeln.

Die europäische Wirtschaft, insbesondere die energieintensive Industrie, wird sich im globalen Wettbewerb aber nur dann dauerhaft behaupten können, wenn wir in unsere gemeinsame europäische technologische Zukunftsfähigkeit investieren und die zusätzlichen Kosten der Transformation abgedeckt werden. Neben einem konkurrenzfähigen Strompreis für Unternehmen sind dazu Klimaverträge (CCfD) sowie Grenzausgleichsmaßnahmen (CBAM) geeignet.

- **Für die Transformation braucht unsere Wirtschaft starke, auf gemeinsamen Werten basierende Rohstoffpartnerschaften und Handelsabkommen.** Wir unterstützen daher die EU-Kommission auf ihrem Weg zu einer neuen Generation von Handelspartnerschaften, in denen Nachhaltigkeit und Arbeitnehmerrechte gestärkt und der Investitionsschutz modernisiert werden. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf eine vorausschauende Rohstoffversorgung gerichtet sein. Hierfür bedarf es zudem einer koordinierten Rohstoff-Strategie der EU, die auf die Diversifizierung von Rohstoffquellen, besseres Recycling und verstärkte innereuropäische Beschaffung zielt sowie die gemeinsame Forschung zu nachhaltigen Alternativen zu knappen Rohstoffen vorantreibt.

Wir wollen die Handelsbeziehungen zwischen der EU und unserem wichtigsten Partner, den USA, vertiefen und dafür die Strukturen des EU-US-Trade and Technology Councils nutzen. Ein erster Schritt könnte die Wiederbelebung von Verhandlungen für ein europäisch-amerikanisches Industriezollabkommen sein. Darüber hinaus sollte die EU sondieren, ob auf Seiten der USA die Bereitschaft für neue Verhandlungen über ein umfassenderes Abkommen für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum für Freihandel und fairen Handel besteht. Fernziel ist ein gemeinsamer transatlantischer Wirtschaftsraum mit fairen Handelsbedingungen, in dem Industriezölle abgeschafft, Marktzugangsbarrieren für Zukunftstechnologien besonders der Dekarbonisierung, Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft abgebaut und gemeinsame Standards festlegt sind.

Die USA haben mit ihrem Inflation Reduction Act (IRA) deutlich gemacht, dass sie eine Führungsrolle im Klimaschutz einnehmen wollen. Diese Ambitionen können dann auch uns nützen, wenn wir es schaffen, gemeinsame Standards bei den Zukunftstechnologien zu setzen, Investitionen auf beiden Seiten des Atlantiks zu stärken und faire Wettbewerbsbedingungen für europäische und amerikanische Unternehmen zu schaffen. Daher begrüßen wir, dass in einem ersten Schritt die Benachteiligung europäischer Unternehmen im Rahmen der Umsetzung des IRA abgeschwächt wurde. Die Gespräche mit der US-Regierung hierzu sind fortzuführen. Die USA bleiben unser wichtigster Wirtschaftspartner. Darüber hinaus sollte der IRA aber auch zusätzlicher Ansporn für eine eigene – klimaschonende und innovationsgerichtete – europäische industriepolitische Agenda sein. Diese Agenda darf nicht nur die Effekte des IRA im Blick haben, sondern muss dem breiteren geopolitischen Bild inklusive der Rolle Chinas und den zumindest mittelfristig im globalen Vergleich hohen Energiepreisen an vielen europäischen Standorten Rechnung tragen.

- **Die EU muss ihre eigene Industriestrategie als Teil einer umfassenden Standort- und Resilienzstrategie mutig weiterentwickeln** und strategisch auf die Zukunft und die neuen Rahmenbedingungen im globalen Wettbewerb ausrichten. Eine umfassende europäische Resilienzstrategie soll die europäische Souveränität in Bereichen wie Energie, Technologie, Ressourcen, Fachkräfte, Digitalisierung und Arzneimittel- und Wirkstoffproduktion in Europa strukturell verbessern. Eine weiterentwickelte europäische Industriestrategie kann und muss hierzu einen starken Beitrag leisten – mit klarer gemeinsamer Prioritätensetzung, gezielten Zukunftsinvestitionen und erweiterten strategischen Fördermöglichkeiten insbesondere im Bereich der industriellen Transformation genauso wie mit Maßnahmen für wettbewerbsfähige Energiepreise und die deutliche Beschleunigung von Planungsprozessen.
- **Das EU-Beihilferecht braucht ein Update, um es auf die neuen Herausforderungen im globalen Wettbewerb besser auszurichten.** Das geltende EU-Beihilferecht, welches in der Vergangenheit geholfen hat, Subventionswettkämpfe unter EU-Mitgliedstaaten zu Lasten der Steuerzahlenden zu verhindern, hält nicht mehr Schritt mit den geänderten Rahmenbedingungen und schränkt eine erfolgreiche Positionierung des europäischen Wirtschaftsraums im globalen Wettbewerb zu stark ein. Es muss dringend reformiert und auf die Höhe der Zeit gebracht werden. Dabei setzen wir uns dafür ein, einen stärkeren Fokus auf die Notwendigkeiten der globalen Wettbewerbsfähigkeit zu legen. Deshalb sollen die EU-Beihilferegeln deutlich einfacher und transparenter werden, schon ex-ante Planungssicherheit schaffen und Anreize für Investitionen in Transformations- und Zukunftstechnologien und darauf gerichtete industrielle Innovationen setzen. Wir erwarten, dass die EU-Kommission bereits Anfang 2023 einen ambitionierten Vorschlag für ein Update des EU-Beihilferahmens vorlegt.

- **Die Energiemärkte haben großen Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie.** Einige Einflussfaktoren auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen sind nicht verhandelbar. Wir wollen starke Löhne und Gehälter und keinen Unterbietungswettlauf bei der Unternehmensbesteuerung. Umso wichtiger ist es, dass die Energiepreise europaweit auf ein Niveau zurückkehren, das die Wettbewerbsfähigkeit nicht beeinträchtigt. Dazu müssen der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland und Europa, inklusive des Ausbaus hierfür benötigter heimischer Produktfertigungen, der Energienetze und des europäischen Stromnetzes sowie der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft noch schneller vorankommen. Das EU-Recht muss von Hemmnissen für den Ausbau erneuerbarer Energien und den Wasserstoffhochlauf, wie sie teilweise noch in RED II/III enthalten sind, befreit werden. Bis sinkende Preise über die Ausweitung des Angebots Realität werden, müssen wirksame andere Maßnahmen greifen – durch Reformen des Strommarkts, die einen international konkurrenzfähigen Strompreis für die Unternehmen der EU ermöglichen oder durch einen Industriestrompreis.

Außerdem müssen wir auch auf den zunehmenden weltweiten Wettbewerb um saubere Technologien reagieren. Insbesondere wenn es um den Ausbau erneuerbarer Energien und den Hochlauf von Wasserstoff geht, brauchen wir einfache und berechenbare Instrumente wie sie die USA im IRA geschaffen haben, um zuverlässig einen wettbewerbsfähigen Preis gewährleisten zu können.

- **Wir brauchen eine europäische Industrie-Investitionsoffensive mit besonderem Fokus auf Zukunftstechnologien, dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der Förderung industrieller Innovationen.** Dazu sollen nicht genutzte Mittel aus dem EU-Wiederaufbauprogramm „NextGenerationEU“ umgewidmet und insbesondere das Energieinvestitionsprogramm „RePowerEU“ zusätzlich gestärkt werden. Zudem muss die anstehende Überprüfung des mehrjährigen EU-Finanzrahmens dafür genutzt werden, industriepolitische Zukunfts- und Investitionsprojekte zu priorisieren. Auch darüber hinaus sind zusätzliche gemeinsame Finanzierungsinstrumente konstruktiv zu prüfen.

Eine starke gemeinsame europäische Förderkulisse ist sowohl ein wichtiger Solidaritätsbeitrag für jene Mitgliedstaaten, die über keine ausreichend starken eigenen Fördermöglichkeiten verfügen, als auch ein elementarer Beitrag für eine souverän und zukunftsfähig aufgestellte europäische Industrie insgesamt. Insbesondere muss das Förderinstrument zu wichtigen Projekten im gemeinsamen europäischen Interesse (Important Projects of Common European Interest; IPCEI) noch weiter mit dem Fokus auf Schlüsseltechnologien ausgebaut werden. Bereits bestehende IPCEIs etwa im Bereich Batteriezellfertigung, Wasserstoffwirtschaft oder Gesundheitswirtschaft müssen fortgeführt und verstärkt werden. Neue IPCEI-Projekte müssen identifiziert und deutlich schneller und unbürokratischer umgesetzt werden.

- **Die Rolle der Europäischen Investitionsbank (EIB) wollen wir stärken.** Die EIB muss organisatorisch umfassend gestärkt werden und darüber hinaus mit zusätzlichen Instrumenten ausgestattet werden. Über die Ausweitung der Gewährleistungen von Garantien und Eigenkapitalbeteiligungen sollen Investitionen in die Transformation stärker unterstützt werden.
- **Faire globale Besteuerungsregeln sind ein elementarer Beitrag zu mehr internationaler Steuergerechtigkeit und zugleich eine wichtige Voraussetzung für faire Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaft.** Die auf wesentliches Betreiben Deutschlands und der EU erreichte G20/OECD-Verständigung auf eine globale Mindestbesteuerung ist ein historischer Meilenstein. Wir begrüßen daher die im Rat der Europäischen Union getroffene Entscheidung, mit der Einführung einer Mindestbesteuerung für große Unternehmen die vereinbarten OECD-Leitlinien zügig umzusetzen. Wir wollen die nationale Umsetzung im ersten Quartal 2023 beginnen. Zur weiteren Stärkung der globalen Steuergerechtigkeit müssen auch die Besteuerungsrechte neu justiert werden: Die Ertragsteuern der größten international tätigen Konzerne müssen zugunsten der Marktstaaten umverteilt werden. Darauf hat sich die OECD geeinigt. Wir setzen uns auch hier national wie international für eine schnelle Umsetzung ein. Des Weiteren wollen wir erreichen, dass Unternehmen ihre grünen und digitalen Zukunftsinvestitionen weiter hochfahren. Die europäischen Taxonomie-Regeln sind entsprechend investitionsorientiert weiterzuentwickeln und auszugestalten. Darüber hinaus setzen wir

uns in der EU für eine Ausweitung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen auf den Steuerbereich ein, insbesondere um Steuerdumping wirksam bekämpfen zu können.

In Deutschland wollen wir eine Investitionsprämie („Superabschreibung“) für Klimaschutz und digitale Wirtschaftsgüter einführen. Dies hat die Ampel-Koalition bereits im Koalitionsvertrag vereinbart und sollte nun zeitnah umgesetzt werden.

- **Wir wollen den europäischen Binnenmarkt nach innen und außen weiter stärken.** Der gemeinsame europäische Binnenmarkt ist ein elementarer Faktor für Europas Wohlstand und globale Wettbewerbsfähigkeit. Um ihn weiter auszubauen, streben wir insbesondere eine schnelle und kräftige Vertiefung der Banken- und Kapitalmarktunion an. Mit erleichterten Finanzierungsoptionen für Unternehmen und mehr Investitionen wollen wir zeitgleich Wachstum fördern, Arbeitsplätze schaffen und den Anlegerschutz verbessern. Besonders müssen die Möglichkeiten für Start-up-Wachstumsfinanzierung in Europa deutlich gestärkt werden.

Nach außen wollen wir den Binnenmarkt vor unfairem Wettbewerb schützen und mit guten Rahmenbedingungen die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Europa stärken. Dazu gehört auch eine Weiterentwicklung des europäischen Wettbewerbs- und Kartellrechts, das nicht nur den innereuropäischen Wettbewerb, sondern verstärkt auch die globale Wettbewerbsposition europäischer Unternehmen in den Blick nehmen muss.

- **Die europäische Industriestrategie muss gute Arbeitsplätze, faire Löhne und eine starke Rolle der Sozialpartner sicherstellen.** Wir wollen Europas Wirtschafts- und Sozialmodell, das auf einer starken Sozialpartnerschaft, fairen Arbeitsbedingungen und hohen sozialen Standards beruht, als Teil des sozialen Europas weiter stärken. Vor allem auch Unternehmen, die von staatlichen Stützungsleistungen und Transformationsprogrammen profitieren, stehen in der Verantwortung, langfristig gute Arbeitsplätze in Europa zu bieten. Ein zukunftsgerichtetes Update der europäischen Industriestrategie wird letztlich nur gelingen, wenn die Sozialpartner, insbesondere auch die Gewerkschaften, eng beteiligt werden. Wir setzen uns daher für eine enge Einbindung der Sozialpartner in alle Transformationsprozesse und eine starke Rolle auch in den institutionalisierten Plattformen ein – wie etwa der „Clean Tech Europe“ Plattform.

Die Zeitenwende bringt neue Herausforderungen für Europas Wirtschaft und Industrie mit sich. Um diese zu bewältigen, ist schnelles, entschiedenes Handeln erforderlich – national, aber insbesondere auch gemeinsam in der Europäischen Union. Eine starke, solidarische und zukunftsgerichtete Industriestrategie Europas liegt im elementaren Interesse Deutschlands. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie beruht maßgeblich auf den wirtschaftlichen Produktions- und Absatzmöglichkeiten im europäischen Binnenmarkt sowie auf dem gemeinsamen Gewicht, das Europa international für faire Wettbewerbsregeln in die Waagschale werfen kann. Wir wollen deshalb gerade jetzt angesichts der enormen Herausforderungen der Gegenwart eine starke und gemeinsame europäische Industriestrategie für die Zukunft entwickeln, die auf faire internationale Regeln und Partnerschaften ebenso wie auf die Stärkung von Resilienz, Zukunftsinvestitionen und innovationsförderlichen Rahmenbedingungen in Europa abzielt.